

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/99

26. Mai 1971

Demokratisierung der Gesellschaft

-----  
Ist der Arbeitnehmer ein gleichberechtigter  
Bürger?

Von Peter Ruhnau  
Senator des Innern der Freien und Hansestadt  
Hamburg

Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Wohltuend

-----  
CDU-Abgeordneter gegen Panikmache

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Falsch verstandenes Eigentum

-----  
Zur CDU-Kritik am Städtebauförderungsgesetz

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Gefahrenquelle: Kraftfahrzeugabgase (1)

-----  
Die Bundesregierung wird aktiv

Von Professor Dr. Karl Bechert SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 6 und 7 / 81 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 6, Hausallee 2-10  
Postfach: 9123  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 880 846/880 847/  
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Demokratisierung der Gesellschaft

Ist der Arbeitnehmer ein gleichberechtigter Bürger?

Von Peter Ruhnau

Senator des Innern der Freien und Hansestadt Hamburg

Wichtige Voraussetzung der Arbeitnehmer auf dem Weg zur Gleichberechtigung sind gleiche Bildungschancen und eine an den gesellschaftlichen Realitäten und Möglichkeiten orientierte Berufsausbildung. Die entscheidende Frage der gesellschaftlichen Entwicklung ist jedoch die Verwirklichung der industriellen Demokratie: So richtig eine gerechte Vermögensverteilung in der Gesellschaft auch sein mag, sie kann die industrielle Demokratie nicht ersetzen. Auf die Dauer wird unser freiheitliches Staatswesen nur von Bestand sein, wenn sie in allen Teilen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens demokratisch durchdrungen ist.

Der Arbeitnehmer kann nur dann zum freien, gleichberechtigten Bürger in der Gesellschaft werden, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Soziale Sicherheit, gleiche Bildungschancen und die Sicherheit des Arbeitsplatzes stellen die soziale Basis für die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte dar. Diese so gewonnene und garantierte Freiheit muß aber verbunden sein mit dem Bewußtsein der Verantwortung für das Ganze und der Verpflichtung zur Solidarität. Diese Freiheit darf nicht zum rücksichtslosen Austragen von Gruppeninteressen benutzt werden.

Zum gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeitnehmer gilt es drei kritische Fragen zu stellen:

Ist es den Bürgern bewußt, daß die Lebensbedingungen des einzelnen immer mehr von der Entwicklung der Gemeinschaftseinrichtungen der Gesellschaft abhängen?

Ist es den Bürgern bewußt, daß wir unsere politische Ordnung am Wandel orientieren müssen und nicht an dem festhalten dürfen, was immer so war?

Ist den Bürgern bewußt, daß unsere Demokratie nur mit Reformen eine Chance hat?

Jede Diktatur hat damit begonnen, daß eine Gesellschaft unfähig war, sich selbst zu reformieren.

Die Bürger, die Arbeitnehmer eingeschlossen, sind für die Demokratie. Aber täuschen wir uns nicht! Demokratie wird in unserem Lande weitgehend gleichgesetzt mit Wohlstand. Und dieser genügt nicht zur Vertiefung und Verbreiterung politischer und

wirtschaftlicher Demokratie.

Viele der Bürger begreifen in den Regierungen nicht mehr jene Autorität, die das Allgemeine repräsentiert und dieses mutig vertritt. Sie bemerken, daß politische Entscheidungen täglich durch Druck von außen zustandekommen. Wenn die staatlichen Mittel begrenzt sind, wenn wir in kurzen Zeiträumen nicht alles auf einmal erledigen können, dann müssen wir Entscheidungen nach den Präferenzen treffen und diese auch vertreten.

Es gibt kein sozialistisches Endziel! Es wird keinen Zustand geben, in dem der tägliche Kampf um die Verbesserung der Ordnung des menschlichen Zusammenlebens aufhört. Wer das leugnet, hängt einem Irrglauben an. Politik ist immer schlecht, wenn sie über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wird. Noch so ideal konstruierte neue gesellschaftliche Institutionen und Regeln bewirken nichts, wenn die Menschen sich ihnen widersetzen. Dann gibt es - und das führt geradewegs zur Diktatur - nur noch die Möglichkeit, die Menschen so zu erziehen, wie sie für die neuen Institutionen gebraucht werden. Diesen Weg werden die Sozialdemokraten niemals beschreiten.

Selbstkritisch müssen wir auch feststellen, daß einige unter uns den Wechsel von der Opposition zur Regierungspartei noch nicht vollzogen haben. Zu lange waren wir die Ausgeschlossenen, der Staat alleiniges Monopol der anderen. Wir haben heute die Chance, den Staat nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht durch übersteigerte Forderungen und Erwartungen verspielen.

Reformen sind in der Gesellschaft nur dann möglich, wenn Sozialdemokraten und Gewerkschafter zusammenwirken: Es hat noch keine sozialdemokratische Regierung in der Welt ohne Unterstützung der freien Gewerkschaften gegeben. Es hat aber auch noch nie einflußreiche Gewerkschaften ohne eine starke sozialdemokratische Partei gegeben. Die Gewerkschaften tragen ein erhebliches Stück Verantwortung für den Erfolg der sozial-liberalen Koalitionsregierung in Bonn.

Hinter unserer politischen Zielsetzung müssen wir die Mehrheit des Volkes, die Mehrheit der mündigen Stimm-Bürger versammeln. Dieses Ziel wird nicht dadurch erreicht, daß gegen alles und gegen jeden gekämpft wird. Das wird auch nicht durch ideologische Unduldsamkeit gegenüber anderen Auffassungen erreicht. Und dies erreicht man auch nicht dadurch, daß Bundesgenossen ständig vor den Kopf gestoßen werden.

Die Arbeitnehmer stehen heute in diesem Lande in einer besseren Position als jemals zuvor. Dieser, unser demokratischer Staat, gibt uns die Möglichkeit die Position des Arbeitnehmers in der Gesellschaft schrittweise mit dem Ziel zu verändern, die Reste der Privilegien einer alten Klassengesellschaft zu beseitigen und jedem, der willens und fähig ist, gleiche Chancen zu bieten. Wenn sich in den nächsten Jahren in Deutschland etwas ändert, dann nur durch Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung - andernfalls bleibt alles beim alten. (-/wr/26.5.1971/ks)

\* \* \*

Wohltuend

CDU-Abgeordneter gegen Panikmache

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Wer Barzel, Strauß und andere CDU/CSU-Politiker im Bundestag, vor den Bildschirmen oder in Zeitungsinterviews lamentieren hört, fühlt sich wieder in die Zeit der "Deutschland geht unter"-Stimmung versetzt. Währung und Wirtschaft sind angeblich derart gefährdet, daß sich unser Staat in einer "ernsthaften Krise" befindet. Die christdemokratischen Panikmacher werden dabei von einer ihr hörigen Presse willig unterstützt. Man kennt und weiß das.

Wie angenehm setzt sich von dieser Bonner "Heck-tick" das Auftreten einiger weniger CDU-Politiker ab, die fernab ihrer Fraktionsspitze der Sachlichkeit die Ehre erweisen. Einer dieser CDU-MdB's soll stellvertretend für andere genannt sein.

Dr. Helmut Artzinger, seit 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages und anerkannter Steuer- und Finanzfachmann seiner Fraktion im Europäischen Parlament in Straßburg, hat - wenn man den "überparteilichen", jedoch der CDU-(äußerst) nahestehenden "Badischen Neuesten Nachrichten" in Karlsruhe glauben kann - öffentlich dieser Tage erklärt, daß die "Preise kein Grund zur Panik" seien. In einem unter dieser Überschrift erschienenen Bericht über seine Veranstaltung vor der CDU in Rußheim wird über die dortigen Äußerungen des CDU-Finanzexperten u.a. wie folgt berichtet:

"Dr. Artzinger bemerkte, daß die gegenwärtige Lage, auch bei schleichender Inflation und ungewöhnlichem Preisanstieg in den ersten Monaten des Jahres 1971 jedoch noch kein Grund zu irgendwelcher Panik und zu Kurzschlußhandlungen sei. Er ist der Ansicht, daß es vereinten Bemühungen gelingen werde, die Lage zu meistern. Die gegenwärtige Lage sei sowohl von der innen-, als auch von der außenwirtschaftlichen Entwicklung bestimmt und verursacht worden. Bei der Geldwirtschaft werde ebenfalls durch Angebot und Nachfrage der Wert in gewisser Hinsicht bestimmt. In den letzten Monaten flossen erhebliche Mengen Dollar in die Bundesrepublik, die infolge unserer erheblichen Ausfuhren nicht ferngehalten werden konn-

ten. Nun ist unser Währungssystem, wie auch das anderer europäischer Staaten, stark mit dem Dollar verflochten, weil wir ja dem internationalen Währungsfonds angehören. Um die Dollarflut zu stoppen, hat die Bundesbank bzw. die Regierung den Wechselkurs freigegeben, wodurch der Dollar auf ca. DM 3,52 abgesunken ist, was einer Aufwertung der D-Mark um ca. 2,5 % gleichkommt. Die währungspolitischen Vorgänge könnten von Deutschland nicht allein gemeistert werden, dies sei nur in einem gemeinsamen europäischen Währungsblock möglich, welchen man innerhalb der EWG ja anstrebt. Ausführlich und sehr anschaulich sprach Dr. Artzinger über die ausserwirtschaftliche Absicherung gegen die Dollarflut, um die Gefahr einer Inflation durch zu hohen Geldumlauf zu bannen.

Die Appelle an die Sozialpartner zur Einsicht wurden gerade bei der Bundestagssitzung in der Vorwoche durch Bundeskanzler Brandt eindringlich wiederholt."

Jeder Kommentar zu dieser außerordentlich sachlichen und fachgerechten Darstellung erübrigt sich. Bleibt die Frage: Warum spricht Dr. Artzinger nicht auch mal in diesem Ton mit seiner Fraktionsführung? Barzel, Strauß und die anderen Panikmacher sollten sich von ihrem Fraktionskollegen Nachhilfeunterricht erteilen lassen.

(-/wr/26.5.1971/bgv)

+ + +

#### Falsch verstandenes Eigentum

#### CDU-Kritik am Städtebauförderungsgesetz

Nach mehreren vergeblichen Anläufen früherer Bundesregierungen in den sechziger Jahren ist es nun Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen geglückt, ein 20 Jahre altes Versäumnis nachzuholen und den Grundstein für ein neues Bodenrecht zu legen. Das Städtebauförderungsgesetz, das den Gemeinden die Sanierung veralteter Wohn- und Verkehrsstrukturen ermöglichen soll, kann jetzt nach Abschluß der Ausschlußberatungen noch im Juni vom Bundestag verabschiedet werden. Daß die CDU/CSU der sozial-liberalen Koalition den Erfolg nicht gönnt, der ihrem eigenen

Minister Paul Lücke nicht zuletzt wegen parteiinterner Schwierigkeiten versagt geblieben war, ist verständlich. Weniger verständlich ist allerdings die Kritik, mit der der wohnungsbaupolitische Sprecher der Union, Ferdinand Erpenbeck, die parlamentarischen Auseinandersetzungen im Vorfeld glaubte eröffnen zu müssen.

Schwerpunkt der Erpenbeckschen Ablehnung des Gesetzentwurfes: Die Mitwirkungsmöglichkeit der von Sanierungsmaßnahmen Betroffenen sei nicht ausreichend gewährleistet, es bestehe keine verpflichtende Norm für die Gemeinde, die Wünsche der bisherigen Eigentümer und sonstigen Betroffenen in größtmöglichem Umfang zu berücksichtigen. Das ist jedoch nicht einmal die halbe Wahrheit über den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung. Erpenbeck verschweigt, daß der Kreis der Gesprächspartner wegen der tiefgreifenden Bedeutung einer Sanierungsmaßnahme vor allem auch auf den Wunsch der SPD erheblich ausgeweitet wurde und jetzt neben Eigentümern auch Mieter und Pächter von der Gemeinde gehört werden müssen. Er verschweigt ferner, daß ein Sozialplan die Auswirkungen auf die Betroffenen feststellen und Vorschläge für die Behebung nachteiliger Folgen enthalten muß. Damit ist der Beweis erbracht, daß der Gesetzentwurf zur Städtebauförderung die soziale Komponente in keiner Weise vernachlässigt. Von Vergesellschaftung und Aufhebung des Privateigentums kann keine Rede sein. Allerdings darf es nicht so weit kommen, daß Einzelne das Sanierungs- oder Entwicklungsverfahren blockieren oder Einzelinteressen gegenüber dem Gemeinwohl durchgesetzt werden können.

Es hat den Anschein, als habe die Opposition die Versuche noch nicht aufgegeben, den früheren Eigentümern Vorteile aus den Sanierungsmaßnahmen zukommen zu lassen - ein falsch-verstandener Eigentumsbegriff, den sie aus früheren Zeiten in ihr heutiges Gedankengut gerettet hat. Noch immer wird vielerorts vergessen, daß das Eigentum nach dem Grundgesetz nicht nur gewährleistet und geschützt wird, sondern daß ihm auch eine soziale Verpflichtung auferlegt ist. Dem Gemeinschaftsinteresse an Grund und Boden gebührte in der Vergangenheit lediglich ein untergeordneter Rang. Der Staat war gut genug, durch öffentliche Investitionen - finanziert mit Steuergeldern - den Marktwert von Grundstücken zu steigern. Den Nutzen hatte allein der Besitzer. Im Interesse des Gemeinwohls scheint es deshalb mehr als gerecht, daß die Privilegierung des privaten Eigentums auf Kosten der Gemeinschaft endlich ein Ende findet.

(bit/wr/26.5.1971/ogy)

+ + +

Gefahrenquelle: Kraftfahrzeugabgase

Die Bundesregierung wird aktiv

Von Professor Dr. Karl Bechert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Bleibegiftung durch Kraftfahrzeuge einschränken soll. Er bezieht sich ausdrücklich nur auf Blei, Bleiverbindungen und andere Metallverbindungen, die in Kraftstoffen für Otto-Kraftfahrzeugmotoren enthalten sind. Das Gesetz bezieht sich also nicht auf Flugzeugmotoren. Nach dem Gesetzentwurf dürfen vom 1. Januar 1972 an nicht mehr als 0,40 g pro Liter von den genannten Beimengungen in den Otto-Kraftstoffen enthalten sein, die bei uns hergestellt, eingeführt oder sonst in den Geltungsbereich des Gesetzes verbracht werden. Eine weitere Frist ist im Gesetzentwurf vorgesehen: vom 1. Januar 1976 an darf der Gehalt an den genannten Stoffen nicht mehr als 0,15 g pro Liter betragen.

Übrigens fehlt eine Festlegung über den Zweck dieses Gesetzes, die etwa so lauten müsste: "Das Gesetz hat den Zweck, den Gehalt an Blei oder anderen gesundheitsschädlichen Stoffen in Otto-Kraftstoffen im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung möglichst weitgehend einzuschränken". Jedenfalls ist dies nach der amtlichen Erläuterung, die dem Gesetz beigelegt ist, die Absicht des Gesetzentwurfes.

In der Begründung schreibt die Bundesregierung: "Die erwartete Verminderung der Bleiemissionen durch die Sofortbegrenzung der Bleizusätze auf 0,40 Gramm Blei im Liter wird aber durch die weitere starke Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs schon in den nächsten Jahren wieder wettgemacht. Es ist sogar mit einem kräftigen Anstieg der Gesamtemissionen zu rechnen."

Dementsprechend hat sich der Bundesrat entschieden für einen früheren Zeitpunkt ausgesprochen, zu dem der Bleigehalt auf 0,15 g je Liter herabgesetzt sein muß. Der Bundesrat empfiehlt den 1. Januar 1974 anstelle des 1. Januar 1976. Seine Begründung ist überzeugend und sei im Wortlaut wiedergegeben.

"Die technischen Voraussetzungen zur Verringerung des Bleigehalts im Vergaserkraftstoff von derzeit im Mittel etwa 0,44 g je Liter auf maximal 0,15 g je Liter können innerhalb von zwei bis drei Jahren durch die Errichtung ausreichender Crack-Kapazitäten bei den Mineralölraffinerien geschaffen werden. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, erst zum 1. Januar 1976 den Gehalt an Bleiverbindungen im Vergaserkraftstoff auf maximal 0,45 g je Liter festzusetzen. Es ist vielmehr ausreichend, wenn der Mineralölindustrie ein Anpassungszeitraum von drei Jahren zugestanden und somit der Termin auf den 1. Januar 1974 fest-

gesetzt wird.

Die Feststellungen der Mineralölindustrie, daß die bestehenden Anlagen zur Erzeugung von Vergaserkraftstoff mit niedriger Oktanzahl bis zum 1. Januar 1974 noch nicht gänzlich abgeschrieben seien, sollten unberücksichtigt bleiben, da die Umweltbelastung durch die Bleiemissionen der Kraftfahrzeuge und damit die Notwendigkeit einer einschneidenden Änderung seit langer Zeit bekannt sind und diese Feststellungen nur für einen relativ kleinen Teil der Anlagen zutreffen.

Der Bundesrat begrüßt das Ziel des Gesetzentwurfs, zur Verminderung von Luftverunreinigungen beizutragen.

Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sollte geprüft werden, ob nicht ein gänzlich Verbot von Bleiverbindungen in Otto-Kraftstoffen schon in diesem Gesetz für einen bestimmten Zeitpunkt ausgesprochen werden kann. In den USA wird eine solche Maßnahme für den Zeitraum ab 1975 als notwendig angesehen.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß sobald wie möglich der Hubraum als Bemessungsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer durch eine andere Messgröße ersetzt werden sollte. Damit ließe sich die Entwicklung von Motoren mit niedrigerer Verdichtung fördern, die für unverbleites Benzin geeignet sind. Eine Herabsetzung der Verdichtung wäre außerdem im Hinblick auf die Zusammensetzung der Abgase von großem Vorteil, da die Anteile an Kohlenmonoxid, unverbrannten Kohlenwasserstoffen und Stickoxyden abnehmen würden.

Ferner sollte geprüft werden, ob in den Gesetzentwurf eine Verordnungsermächtigung aufgenommen werden kann, die es ermöglicht, alle umweltschädlichen Additive in den vom Gesetz erfassten Kraftstoffen zu beschränken. Zur Erreichung des Gesetzeszwecks genügt es nicht, den Bleigehalt und die Zusätze mit anderen Metallverbindungen anstelle von Bleiverbindungen zu begrenzen, da auch sonstige Additive zu erheblichen Umweltschäden führen können."

Der Bundesrat gibt eine weitere wichtige Empfehlung. Im Entwurf der Bundesregierung steht, daß auf Otto-Kraftstoffe, die zu Verteidigungszwecken mit einem höheren als dem Gesetz entsprechenden Gehalt an Bleiverbindungen eingeführt werden, dieses nicht angewendet werden wird. Zur Begründung sagt die Bundesregierung:

"Auf Grund zwischenstaatlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundeswehr gehalten, einen Teil der benötigten Otto-Kraftstoffe aus dem NATO-PipelineNetz zu beziehen. Der Bleigehalt dieser Kraftstoffe, auf dessen Höhe die Bundeswehr allein keinen Einfluß hat, darf nach NATO-Spezifikationen bis 0,84 g im Liter betragen."

+ + +

(Fortsetzung und Schluß folgt am 27. Mai 1971)